

# Krisenanleihen für verschuldete Staaten

Die Europäische Zentralbank unterstützt mit einem neuen Instrument vor allem südliche Euroländer.

**FRANKFURT.** Die Europäische Zentralbank verstärkt ihren Kampf gegen einen Ausverkauf von Staatsanleihen südlicher Euroländer. Die jüngsten Verwerfungen an den Anleihemärkten hatten Sorgen vor einer erneuten Euro-Schuldenkrise aufkommen lassen. Die Renditen für Schuldenpapiere der Euroländer waren zuletzt kräftig gestiegen – die der südlichen Länder dabei besonders stark. Ohnehin schon von hohen Schuldenständen geplagte Staaten wie Italien kommen dadurch noch mehr unter Druck. Dagegen will die EZB jetzt einschreiten, wie sie am Mittwoch nach einer Sondersitzung des EZB-Rats ankündigte. Dabei stellten die Währungshüter auch ein neues geldpolitisches Werkzeug in Aussicht.

An den Anleihemärkten brachte die Ankündigung etwas Beruhigung. Die Rendite der zehnjährigen italienischen Staatsanleihe sank zeitweise auf 3,92 Prozent – ein Minus von 0,3 Prozentpunkten im Tagesverlauf. Die Rendite griechischer zehnjähriger Staatstitel verringerte sich auf 4,308 Prozent, ein Rückgang von 0,35 Prozentpunkten. Die wichtige Nachricht sei, dass die EZB etwas präsentieren wolle, kommentierte Zinsstratege Antoine Bouvet vom Bankhaus ING. „Was zählt, ist, dass etwas kommt, und das gibt potenziellen Verkäufern italienischer Anleihen zumindest die Gewissheit, dass es für die Ausweitung der Renditeabstände eine Grenze gibt.“ Jörg Angele, Volkswirt beim Schweizer Bankhaus Bantleon, merkte an: „Wir gehen davon aus, dass das neue Instrument binnen weniger Wochen eingesetzt werden kann.“

Die Währungshüter beschlossen auf ihrer Sondersitzung unter anderem, bei der Wiederanlage der Gelder aus auslaufenden Anleihen höher verschuldeten Euroländern besonders unter die Arme zu greifen. Bei den anstehenden Reinvestitionen der Gelder aus

dem jüngst beendeten billionenschweren Krisenanleihen-Kaufprogramm PEPP sollen diese Länder nun verstärkt berücksichtigt werden. Zudem wurden die Notenbank-Ausschüsse beauftragt, rasch ein neues Instrument zu erschaffen, mit dem das Auseinanderdriften der Renditen von Staatsanleihen bekämpft werden kann. Wie das Werkzeug ausschauen soll, sagten die EZB nicht.

Laut dem niederländischen Notenbankchef Klaas Knot ist das neue Instrument für

den Fall gedacht, dass die Umleitung der Reinvestitionen in Richtung Anleihen südlicher Euroländer nicht genügt. „Wir wissen nicht, ob das ausreicht, das hängt von der Antwort der Märkte ab“, sagte das EZB-Ratsmitglied. „Aber wenn das nicht ausreicht, seien Sie versichert, dass wir bereitstehen“, fügte er hinzu. Laut seinem EZB-Ratskollegen Peter Kazimir, dem Notenbankchef der Slowakei, ist es derzeit zu früh zu sagen, wie das neue Werkzeug gestaltet sein werde. *rtr*

## Kommentar

### Die EZB macht sich unglaublich

Die Europäische Zentralbank (EZB) will ein neues Werkzeug zur Stabilisierung der Eurozone schmieden. Sie möchte verhindern, dass sich der Schuldendienst für Italien und andere klamme Staaten drastisch verteuert. Zuvor war die Marktverzinsung italienischer Staatsanleihen kräftig gestiegen.

Für die letzte Aufwärtsbewegung hatte vergangene Woche die EZB selbst gesorgt, indem sie Zinserhöhungen ankündigte. Zudem will sie aufhören, über den Kauf von Staatsanleihen ständig frisches Geld in die Märkte zu pumpen. Allerdings sollen Anleihen, die auslaufen, also von den Schuldnern getilgt werden, durch neue Papiere ersetzt werden. Dabei will die EZB nun bevorzugt zu Anleihen hochverschuldeter Länder greifen.

Doch dieser Mechanismus reicht nach Einschätzung der Notenbank offenbar nicht aus. Ihre Fachleute wurden mit dem Entwurf eines weiteren Instruments „gegen die Frag-



VON BARBARA SCHÄDER

mentierung“ des Euroraums beauftragt. Dabei gibt es ein solches Instrument längst: 2012 hatte der damalige EZB-Chef Mario Draghi angekündigt, hochverschuldete Länder durch den Kauf von Staatsanleihen zu unterstützen – sofern sie Reformauflagen des Euro-Rettungsfonds ESM akzeptierten. Dazu war Italien damals aber nicht bereit, und wenige Jahre später kaufte die EZB ohnehin Schuldtitel aller Euroländer.

Wegen der Inflation soll damit nun Schluss sein. Doch indem sie kurze Zeit nach dem Ausstiegsbeschluss schon wieder Ausnahmen für die Sorgenkinder verkündet, untergräbt die EZB ihre Glaubwürdigkeit. Wenn einzelne Staaten tatsächlich Unterstützung benötigen, sollten sie sich wenigstens Reformauflagen unterwerfen. Draghi kann als italienischer Regierungschef beweisen, dass er die Bedingungen nicht scheut, die er 2012 als EZB-Präsident aufgestellt hat.